

Antrag

**des Abgeordneten Tim Dieter und der Volksfront
Fraktion**

Klare Kante gegen Autokratien - Härte gegen die Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Republik Türkiye ist kein zuverlässiger Partner mehr, weder in europäischer Ebene noch in der Nato. Die Türkei entwickelt sich seit den letzten Jahren zu einem autokratischen Staat, in welchem die Opposition verhaftet, freie Presse zensiert und nationale Minderheiten unterdrückt werden.

Dieser Trend ist seit dem versuchten Putschversuch 2016 von Teilen des Militärs, angeführt von Öztürk und Gülen klar und deutlich zu sehen. Der Präsident Recep Tayyip Erdoğan installiert sich momentan als Alleinherrscher in der Türkei und festigt seine Macht mit rechtsextremen und islamistischen Gruppen wie der MHP, welche der politische Arm der mittlerweile in Deutschland verbotenen Grauen Wölfen sind. Laut Jahresbericht 2024 von Amnesty International gibt es in der Türkei Vorfälle bzw. Alltägliche Situationen wo es kein Recht auf faire Gerichtsverfahren, willkürliche Inhaftierungen, kein Recht auf freie Meinungsäußerung, kein Recht auf friedliche Versammlung, kein Recht auf Vereinigungsfreiheit, Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger, Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen Journalisten, Folter und weitere Misshandlungen, kein Recht auf Flucht bzw. keine Rechte für Flüchtlinge, Straflosigkeit gegenüber Tätern und weitere Rechtsstaatslose Repressalien gegen Oppositionelle, Journalisten und einfache Menschen gibt. Wir sehen, die Türkei ist definitiv kein Rechtsstaat, im Gegenteil, die Berichte aus der Türkei zeigen deutlich, dass die Türkei mittlerweile eine Autokratie ist.

Wie jeder autokratische Herrscher will Erdogan nicht nur die innere Macht, sondern auch die äußere Macht. Damit die EU und die Nato die Vorhaben der Türkei nicht blockieren, benutzt diese schon lange Druckmittel gegen beide Bündnisse. Zum einen droht Erdogan mit dem Chaos von Millionen von Flüchtlingen, die er auf Europa loslässt, zum anderen mit einem Krieg gegen Griechenland. In einem Militärbündnis freier und demokratischer Nationen, welche auf Menschenrechte achtet, sollte so ein diplomatisch-aggressives Verhalten mit Konsequenzen einhergehen. Auf der Nato-Seite bietet die Türkei wichtige Stützpunkte vor dem russischen

Einflussbereich und im Nahen Osten. Die geopolitische Lage am Bosphorus und Vorderasien verleiht der Türkei die Macht, die sie braucht, um die gesamte freie Welt zu erpressen.

Erdogans expansive Politik folgt einem neo-osmanischen Großmachtanspruch, der sich von Nordafrika bis Zentralasien erstreckt. Deutlich wurde dies bereits an den im Widerspruch zum Völkerrecht stehenden Militäroperationen der Türkei in Syrien. Auch in Aserbaidschan ist die Türkei im Rahmen der Militäroffensive gegen die Republik Aserbaidschan massiv militärisch aktiv gewesen. Gleiches gilt für Libyen, wohin die Türkei unter Bruch des Waffenembargos weiterhin illegal Waffen verbringt.

Auch mit Frankreich geht die Türkei zunehmend auf Konfrontationskurs. Der Konflikt eskalierte im August 2020, als es beinahe zu einem militärischen Zwischenfall zwischen einem französischen und mehreren türkischen Fregatten gekommen war, die ein türkisches Schiff eskortierten, das mutmaßlich Waffen nach Libyen schmuggelte.

Es zeigt sich, die EU muss bereit sein sich zu wehren gegen die Türkei und dem Autokraten Erdogan. Lassen wir uns nicht erpressen von einem Diktator mit Osmanischen-Großreich Fantasien. Gemeinsam kann man jedes Problem lösen, daher muss die EU handeln, denn weiteres Schweigen macht ein Ausstieg aus dem Machtballon des Erdogans noch schwerer und es könnte fatal enden.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die Auslieferung aller Kriegswaffen, einschließlich Bauteile und technischer Komponenten, an die Republik Türkei zu stoppen und sämtliche erteilte Genehmigungen sowie die Lizenz-Produktion deutscher Rüstungsgüter in der Türkei, die Lieferungen im Rahmen einer europäischen Rüstungskooperation und die Lieferungen von Rüstungsgütern der Tochterfirmen deutscher Rüstungskonzerne zu verbieten;
2. in der EU ein generelles Waffenembargo gegen die Türkei nicht weiter zu blockieren, sondern sich aktiv dafür einzusetzen und sich einzusetzen, Widersacher innerhalb der EU vom Gegenteiligen zu überzeugen;
3. weiterhin türkische Oppositionelle und Journalisten, welche Asyl in Deutschland beantragt haben, nicht an die Türkei auszuliefern;
4. im Europäischen Rat, im Rat der EU und in der EU-Kommission darauf hinzuwirken, eine gemeinsame europäische Strategie zum Abbau der Abhängigkeiten von der Türkei zu entwickeln, geeignete politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Maßnahmen zu koordinieren sowie Handlungsoptionen zu prüfen, die die Resilienz der Europäischen Union gegenüber türkischem Einfluss stärken.

Berlin, den 23. November 2025

Tim Dieter und Fraktion

